



CDU

FRAKTION DES BERLINER
ABGEORDNETENHAUSES

CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin - 10111 Berlin

Deutscher Bibliotheksverband Berlin
c/o Stefan Rogge
Bezirksamt Mitte von Berlin/Fachbereich Bibliotheken
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin

Frank Henkel, MdA
Fraktionsvorsitzender

Telefon (030) 23 25-21 00
Telefax (030) 23 25-27 77
palme@cdu-fraktion.berlin.de

08. Juni 2011

Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Rogge,

als Anlage übersende ich Ihnen die beantworteten Wahlprüfsteine, die Sie Ihren Bibliotheksbesucherinnen und -besuchern, den Beschäftigten, Förderern und Partnern sowie den in Ihrem im Berufsverband organisierten Mitgliedern zur Verfügung stellen möchten, um ihnen eine Orientierung zu ermöglichen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen



Frank Henkel, MdA

Anlage

Wahlprüfsteine Bibliotheken

Sie haben die von Ihnen aufgeworfenen Fragen in vier Teilbereichen als Wahlprüfsteine aufgelistet. Da aus Sicht der CDU-Fraktion Ihre Fragen noch unerledigte Aufgaben des Senats aus der letzten Legislaturperiode enthalten und diese mit neuen, hochaktuellen Diskussionsprozessen verknüpft sind, bitten wir um Verständnis, wenn wir teilweise zusammenfassende Antworten geben.

1. Rechtliche und finanzielle Absicherung der Berliner Bibliotheken

- a) Stimmen Sie den Forderungen der Enquetekommission zu und wollen Sie die durch die Öffentlichen Bibliotheken erbrachten Basisleistungen zur Pflichtaufgabe erklären?
- b) Wird Ihre Partei einen Antrag für ein Berliner Bibliotheksgesetz einbringen oder einem solchen Antrag zustimmen?
- c) Welche konkreten Leistungen und Standards sollte aus Ihrer Sicht ein solches Bibliotheksgesetz beinhalten?

Der Bericht der Expertenkommission vom Juni 2005 wurde in der Vergangenheit nicht vom Senat bewertet und dem Abgeordnetenhaus zur Diskussion in den Ausschüssen vorgelegt. Grundsätzlich befürworten wir zwar den von der Kommission vorgeschlagen stufenweisen Umstrukturierungsprozess mit effektiveren Strukturen und modernen Dienstleistungsfunktionen, sehen aber nach wie vor eine starke Benachteiligung der bezirklichen Bibliotheksstrukturen und ein großes Finanzierungsrisiko. Die Aufforderung des Rates der Bürgermeister an den Senat vom Juni 2010, einen Entwurf für ein Bibliotheksgesetz auf Grundlage des Entwurfes des Landesverbandes Berlin des Deutschen Bibliotheksverbandes vorzulegen, weist ebenfalls auf diese Problemlagen hin. Abgesehen davon, dass der vorgenannte Gesetzentwurf keinen wesentlichen Beitrag zum Bürokratieabbau in Berlin darstellt und in vielen Bereichen nicht ausfinanziert werden kann, haben wir auch grundsätzliche Bedenken. Die Berliner CDU setzt sich seit langem für eine Stärkung der Bezirke ein. Darum halten wir es für richtig, dass der Senat in und mit den Bezirken die Diskussion ausgetragen muss, wie viel Kultur und wie viele Bibliotheken in den Bezirken benötigt werden.

2. Wissenschaftsstandort Berlin

- a) Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um im Rahmen der bestehenden Hochschulrahmenverträge die Hochschulen in die Lage zu versetzen, die durch die steigende Zahl der Studierenden wachsenden Anforderungen an Räume und Medien bedarfsgerecht erfüllen zu können?
- b) Wird Ihre Partei sich aktiv auf Bundesebene für den Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Druckwerke einsetzen und werden Sie Initiativen ergreifen, diesen auch auf digitale Publikationen auszudehnen?
- c) Wird Ihre Partei sich im Zusammenhang mit der aktuellen Urheberrechtsgesetzgebung für eine unkomplizierte und bezahlbare Verbreitung von Informationen und Wissen durch Bibliotheken einsetzen?

Die räumlichen Kapazitätsengpässe haben sich im letzten Jahrzehnt im Bereich der Berliner Universitäts- und Hochschulbibliotheken deutlich verbessert. Dies ist das Ergebnis von mittel- bis langfristigen Planungen seitens der Universitäten im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit. Die Berliner Universitäten haben in den letzten zehn Jahren durch die Konzentration von Bibliotheksstandorten in neuen modernen Bibliotheksgebäuden viele attraktive Lese- und Arbeitsplätze für Studierende und Hochschulangehörige in Berlin geschaffen. Der alle Erwartungen übersteigende Besucheransturm auf das seit Herbst 2009 neu eröffnete Grimm-Zentrum der HU ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich die Nutzeranforderungen an Bibliotheken zunehmend auf deren Angebot an vielgestaltiger Lern- und Arbeitsumgebung und moderner IT-Ausstattung/Medieneinsatz ausrichten und nicht mehr primär bestandsorientiert sind.

Bei der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes 2011 hat die CDU sich für den Erhalt und die Verbesserung der Eigenständigkeit der Hochschulen ausgesprochen. Doch leider wurde dies von der SPD und der Linksfraktion abgelehnt.

Den veränderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen in der Wissenschaftskommunikation entsprechend, werden wir mit der Anpassung des Urheberrechts den internationalen Normen Rechnung tragen und eine qualitätsgerechte Ausstattung der Bibliotheken über die Hochschulverträge gewährleisten.

3. Zusammenarbeit von Schulen und Öffentlichen Bibliotheken

- a) Welche Anstrengungen unternimmt Ihre Partei, um die Möglichkeiten eines vernetzten Arbeitens von Schule und Bibliothek zur Verbesserung der IGLU-Erlebnisse flächendeckend und verbindlich zu nutzen?
- b) Setzen Sie sich für eine Landesförderung gemeinsamer Projekte der Bildungspartner Schule und Bibliothek auf kommunaler Ebene ein? Wie soll diese realisiert werden?

Um die von ihnen aufgeworfenen Fragen – die wir auch alle in unsere Programmatik einbezogen haben – zu lösen, werden wir Schulbibliotheken und Bezirksbibliotheken für die bildungspolitischen und integrationspolitischen Aufgaben personell und finanziell angemessen ausstatten. Bereits im Jahre 2004 und in den Haushaltsberatungen 2005 haben wir den Senat dazu aufgefordert, hier mehr Engagement zu zeigen, leider ohne Erfolg. Da die Umsetzungsmaßnahmen unterhalb der landespolitischen Ebene und Entscheidungsgewalt angesiedelt sind, haben wir uns bei der Mittelzuweisung an die Bezirke und Hochschulen eingesetzt. Eine regelmäßige Pflege der Bestände in den Bibliotheken und Aktualisierung gemäß dem wissenschaftlichen Stand ist aus unserer Sicht aber unerlässlich und wir werden uns weiter dafür einsetzen. Ebenso benötigen die Schulen fachliche Betreuung ihrer Bibliotheken oder zumindest müssten die Lehrkräfte in den Schulbibliotheken eine anteilige Stundenanrechnung für ihren Einsatz erhalten.

4. Struktur der Öffentlichen Bibliotheken

- a) Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, die bibliotheksbezogenen Landes- und Bezirksaufgaben besser zu vernetzen? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, hierfür eine verbindliche Regelung zu schaffen und wie sollte diese aussehen?

- b) Stimmen Sie der Schaffung einer zentralen Entwicklungs- und Serviceagentur für die Öffentlichen Bibliotheken Berlins zu? Welche Struktur und Rechtskonstruktion sehen Sie für diese Agentur vor?
- c) Unterstützt Ihre Partei einen Neubau der ZLB? Welche finanziellen Vorkehrungen würde Ihre Partei dafür treffen?

Wie bereits zum Wahlprüfstein 3 angegeben, wollen wir eine stärkere Vernetzung von Bibliotheken und Bildungseinrichtungen erreichen und eine weitreichende Verknüpfung in den öffentlichen Raum ermöglichen. Die damit verbundenen Synergieeffekte und gesamtgesellschaftlichen Funktionen nützen direkt und indirekt den Integrationsbemühungen und heben die Lebensqualität. Zusätzliche Finanzierungswege über Sponsoren oder Fördervereine möchten wir dabei erschließen.

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zur Zentral- und Landesbibliothek Berlin und unterstützt deren Wunsch nach einer soliden Entwicklung. Dieses Bekenntnis beinhaltet, dass wir selbstverständlich auch die Notwendigkeit sehen, notwendige Reparaturen und Sanierungen - sowohl am Standort Breite Straße als auch am Standort Amerika-Gedenkbibliothek - durchzuführen. In Anbetracht unserer Haushaltssituation, der Schuldenbremse und der damit verbundenen Sparauflagen halten wir es für unverantwortlich, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und zu suggerieren, wir könnten für 270 Millionen Euro eine neue Bibliothek auf dem Flughafengelände Tempelhof bauen. Ein Ansatz, um die Situation der ZLB zu verbessern, wäre aus unserer Sicht deshalb, die beiden Standorte AGB und Breite Straße umgehend in einen angemessenen baulichen Zustand zu versetzen, sodass man sich nicht bei jedem größeren Regen um die Bestände sorgen muss.